

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Bernd Rohde (KV Stormarn)

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 203 bis 205:

~~(124) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die~~ **(124) Geldpolitik ist - wie auch Fiskalpolitik - wichtig für eine stabile Wirtschaft, sie beeinflusst mit ihren Entscheidungen viel mehr als nur das Preisniveau. Wie die Demokratie selbst, so entwickelt sich auch Geldpolitik weiter und bedarf der politischen Kontrolle. Eine Europäische Zentralbank braucht eine demokratisch legitimierte Institution, die stets neu verhandelt, wie Preisstabilität, Beschäftigung und Außenhandel abgewogen werden. Eine gemeinsame Währung braucht demokratische Institutionen, die die Rolle der Zentralbank als Garant nationalstaatlicher und europäischer Schulden regelt.** **Die** Haushaltspolitik muss einen Beitrag leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu

Begründung

Es ist ein GRÜNER Grundsatz, dass politische Entscheidungen von großer Tragweite demokratisch legitimiert und kontrolliert sein müssen und nicht einer technokratischen Kaste überlassen werden, auch wenn deren Ernennung auf demokratischen Grundsätzen basieren sollte.

Geldpolitik hat mehr als nur ein Ziel und die Abwägung widersprüchlicher Ziele bedarf des demokratischen Diskurses.

Ohne gemeinsame Institutionen für eine gemeinsame Geld- und Fiskalpolitik im EURO-Raum droht Ländern die Insolvenz und der EURO zu scheitern.

weitere Antragsteller*innen

Stefan Schubert (KV Solingen); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Müller (KV Essen); Birgitta Tremel (Hannover RV); Judith Bogner (KV Mühldorf); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Hans Aust (KV Aachen); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Georg Krause (KV Ludwigsburg); Peter Holzschuh (KV Heidelberg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Petra Rohde (KV Stormarn); Nicla Hercher (KV Reutlingen); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.